



# bresche info-bulletin

BIB Nr.15  
21.4.80

## F R A U E N U N T E R D R U E C K U N G

Den Hebel an der Ursache ansetzen

---

Die wesentliche Ursache der Frauenunterdrückung ist die Diskriminierung der Frau im kapitalistischen Wirtschaftsleben. Auch die Kleinfamilie, das chauvinistische Verhalten von Männern, konservative Ideologie und Tradition gilt es zu bekämpfen - doch sind dies nur zweitrangige Faktoren. Die wesentlichen Wurzeln der Unterdrückung liegen im wirtschaftlichen Bereich.

### Frauenarbeit ist profitabel

Frauenarbeit ist profitabel - für den Unternehmer! Frauen können zu wesentlich tieferen Löhnen angestellt werden als Männer. 1978 verdiente eine Arbeiterin 33% weniger als ihr Kollege, eine Büroangestellte sogar 34% weniger.

Die Arbeitsplatzsicherheit ist bei Frauen geringer als bei Männern. In der Rezession 1974/75 wurden sie als erste zusammen mit den Emigranten entlassen. Der Vorwand lautete, die Frauen seien ja sowieso Zweitverdienerinnen oder künftige Hausfrauen.

Der Grossteil der Frauen arbeitet in typischen Frauenberufen und

Abonniert...

**bresche**

Arbeiterparteien und Gewerkschaften. Frauenlöhne, Mutterschaftsversicherung und Abtreibung, Umweltzerstörung und AKW-Bewegung. Internationale Solidarität. Die nationale BRESCHÉ informiert, kommentiert und mobilisiert. Vierzehntäglich aus sozialistischer Sicht. Für 30 Fr. jährlich bei Postfach 299, 8031 Zürich. Abonniert sie, jetzt!

SI. 44 811  
06.0.15

INHALTSVERZEICHNIS

INHALTSVERZEICHNIS

Die Frauenunterdrückung: den Hebel an der Ursache ansetzen  
1. Mai: Warum wir keinen Umzug mehr machen  
Bertolt Brecht: Lob der Dialektik  
Der Rücktritt der Margrit Spillmann und die Menschen 2. Klasse  
Das neue Polizeistrafgesetz: ein Festival von Gummiparagraphen  
Blitzlichter  
Nicaragua: Konkrete Entwicklungshilfe ist möglich

INHALTSVERZEICHNIS

Die Frauenunterdrückung: den Hebel an der Ursache ansetzen  
1. Mai: Warum wir keinen Umzug mehr machen  
Bertolt Brecht: Lob der Dialektik  
Der Rücktritt der Margrit Spillmann und die Menschen 2. Klasse  
Das neue Polizeistrafgesetz: ein Festival von Gummiparagraphen  
Blitzlichter  
Nicaragua: Konkrete Entwicklungshilfe ist möglich

Inhaltsverzeichnis

Seite 1 Frauenunterdrückung: den Hebel an der Ursache ansetzen

4 1. Mai: Warum wir keinen Umzug mehr machen

5 Bertolt Brecht: Lob der Dialektik

6 Der Rücktritt der Margrit Spillmann und die Menschen 2. Klasse

7 Das neue Polizeistrafgesetz: ein Festival von Gummiparagraphen

9 Blitzlichter

10 Nicaragua: Konkrete Entwicklungshilfe ist möglich

Verantwortlicher Redaktor: Josef Lang

Frauenarbeitsplätzen: Büro, Textil, Gesundheitswesen, Verkauf, Coiffeusen. Im Büro machen die Frauen die Schlechtestbezahlten Arbeiten. In den übrigen erwähnten Berufen leiden die Frauen unter langen Arbeitszeiten, tiefen Löhnen und schlechter Berufsausbildung (Abgesehen vom Gesundheitswesen). Die letzte Volkszählung 1970 erhärtet diese Feststellungen auch für den Kanton Zug. Der Anteil erwerbstätiger Frauen betrug:

Verkauf und Büros 43%, Gesundheitswesen und Körperpflege 77%, Textil 58% und Gastgewerbe 72%.

Ein Grundproblem bildet Schliesslich die Berufsbildung. Nur rund 40% der jungen Zuginnen beginnen nach der Schule eine Berufslehre. Bei den Knaben sind es mehr als 70%!

#### Die Folgen

Schlechte Berufsbildung und Arbeitsmöglichkeiten prägen das Leben einer Frau zutiefst. Eine schlecht ausgebildete Frau hat weniger Möglichkeiten, ein Selbstbewusstsein zu entfalten und sich zu wehren. Aus den schlechten Arbeitsbedingungen ergibt sich ein Druck, zu Heiraten, den Mann verdienen zu lassen und im Haushalt zu bleiben.

Wer versteht nicht die Hilfsarbeiterin am Fließband, die Coiffeuse, die Serviertochter, oder EPA-Verkäuferin, die sich sagt: "Ich verdiene zu wenig, die Arbeit stinkt mir, es kann nur

besser werden: Ich will heiraten und Kinder haben." Im Falle von Krise und Arbeitslosigkeit ist dieser Druck noch grösser. Und wenn eine Frau sich mit 35 von ihrem Ernährer lösen will, stellt sich das Problem erneut. Es ist für eine schlecht ausgebildete Frau sehr schwierig, eine eigene Existenz aufzubauen.

#### Unsere Schlussfolgerung

Nur eine gute Berufsausbildung und gleiche Arbeitsmöglichkeiten bieten der Frau die materielle Voraussetzung dafür, ein selbständiges Leben führen und die Ketten der Unterdrückung abstreifen zu können. Diese Forderungen müssen gegen den Willen der Unternehmer/innen durchgesetzt werden. Dazu braucht es Gewerkschaften, die sich um die Ausbildung, Arbeitsplätze und Löhne der Frauen kümmern. Die Initiative "Gleiche Rechte" enthält unter anderem die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Sie ist eine ausgezeichnete Gelegenheit, die oben genannten Probleme mit erwerbstätigen Frauen, Hausfrauen und in den Gewerkschaften zu diskutieren und die Front gegen die Frauenunterdrückung zu stärken.

U.M.

ABONNIERT - LEST DIE BRESCHEN !

Wer die letzte Nummer unserer Zeitung gelesen hat, wird gut informiert sein über:  
die konkrete Lehrlingspolitik verschiedener Schweizer Unternehmer  
die Radikalisierung der Nicaraguanischen Revolution  
die Autonomiefrage in Spanien  
die neuesten Entwicklungen in China  
die Bankenprofite 1979  
die Vorgänge um das AKW-Graben

hat unsere Meinung erfahren über:  
die vergangene Session in Bern  
die Frau und das Militär  
den Programmentwurf des SGB-Vorstandes  
die AKW-Abstimmung in Schweden

Das Editorial trägt den Titel: Saisoniers - die modernen Sklaven

## 1. Mai: WARUM WIR KEINEN UMZUG MEHR MACHEN

Wir haben beschlossen, dieses Jahr keinen 1. Mai-Umzug mehr zu machen. Wir unterstützen voll die Veranstaltung des Gewerkschaftskartells. Nun werden sich sicher einige fragen, warum wir das tun. Einige werden denken, dass wir das "Kämpferische" aufgegeben haben. Andere werden schadenfreudig feststellen, dass wir endlich eingesehen haben, nicht mit dem Kopf durch die Wand gehen zu können. Beide irren sich!

### Unsere Grundüberlegungen ...

Um unsere Haltung zu erklären, müssen wir auf die Grundlage unserer Politik zurückgehen: Wir wollen eine sozialistische Gesellschaft aufbauen. Dies ist nur möglich, wenn es eine Kämpferische Arbeiterschaft gibt. Die Arbeiterbewegung in der Schweiz ist heute nicht in der Lage, für eine bessere Gesellschaft zu kämpfen (Ausser vielleicht bei gewissen 1. Mai-Predigten.) Nicht nur das, sie ist heute nicht einmal in der Lage, die eigenen Interessen zu verteidigen (1979 rund 2% Reallohnverluste, seit 1975 mehr als 300'000 Arbeitsplätze verloren, Abbau der Sozialleistungen etc.). Darum ist heute unser Hauptziel, die Arbeiterschaft zu aktivieren und zu stärken.

Die Stärkung der Arbeiterbewegung ist in zweifacher Hinsicht nötig: politisch und organisatorisch. Eine politische Stärkung wollen wir erreichen, indem wir eine konsequente Arbeiterpartei aufbauen und jede Zusammenarbeit mit den Unternehmern und dem Bürgertum ablehnen. Eine politische Stärkung heisst also, den Lohnabhängigen wieder klar zu sagen, wer die Gegner sind. Wenn nun W. Ritschart im Nationalrat sagt, der neue Finanzplan sei "weder bürgerlich noch sozialistisch", wenn die SP eine Kampagne "für den Werkplatz, gegen den Finanzplatz" macht, wenn die POCH und die PdA ein "antimonopolistisches Bündnis" vorschlagen, dann

schaffen sie mehr Verwirrung als Klärung. Sie tun nämlich so, als ob es einen Finanzplan im Interesse aller gäbe, als ob die Werk-tätigen gemeinsame Sache mit den Werkplatz-Unternehmern (z.B. Brunner) machen könnten und als ob die Lohnabhängigen die gleichen Interessen wie die "nichtmonopolistischen" Unternehmer hätten. Die 40 Jahre Arbeitsfrieden (Zusammenarbeit in "Treu und Glauben" mit den Unternehmern in den Fabriken und mit den Bürgerlichen in den Regierungen) sind ein Bleiklotz, der die Werk-tätigen daran hindert, ihre eigenen Interessen zu verteidigen. Ohne diesen Klotz zu beseitigen, wird es keine aktive Arbeiterbewegung geben. Es gibt keine Abkürzungen, weder indem man neue Gegner findet (Finanzplatz), noch indem man neue Bündnispartner sucht (Antimonopolisten), noch indem man neue Alternativen schafft ("private Probleme"). Für uns gibt es eine einzige Alternative, um die Arbeiterschaft aus der Passivität herauszuholen: "Bündnis" aller Werk-tätigen (Frauen und Männer, Schweizer und Immigranten, Junge und Alte) und ihrer Organisationen (politische Parteien, Gewerkschaften, Frauenorganisationen, Anti-AKW-Bewegung), gegen die Unternehmer und das Bürgertum. Denn nur so werden sie ihre Stärke ausspielen und ausbauen, wieder Solidarität erfahren und Klassenbewusstsein gewinnen können.

Dies genügt aber nicht. Die Arbeiterschaft muss auch organisatorisch gestärkt werden. Das bedeutet, dass die Gewerkschaften reaktiviert und in den Betrieben aufgebaut werden. Wir müssen die Kollegen/innen dazu auffordern, der Gewerkschaft beizutreten, oder, wenn sie bereits organisiert sind, aktiv mitzumachen. Eine Stärkung der Gewerkschaften bedeutet für uns nicht, einfach die Führung eines Verbandes zu übernehmen, wie das die Strategie der SP und POCH ist. Die Gewerkschaft stärken bedeutet für uns, eine kämpferische Politik vorzu-

schlagen und uns dafür einzusetzen. Es bedeutet zusätzlich, Vorschläge für solche Aktivitäten zu machen und uns daran zu beteiligen.

### ...und ihre Konsequenzen

Von diesen Grundüberlegungen gehen wir aus, wenn wir über den 1. Mai diskutieren. Wir finden, dass eine gute Beteiligung an der Veranstaltung der Gewerkschaften für deren Stärkung nützlicher ist als ein kämpferischer, aber kleiner Umzug. Eine starke und einheitliche Unterstützung der 1. Mai-Veranstaltung wird den Kolleginnen und Kollegen wie auch dem Gewerkschaftskartell mehr Selbstvertrauen geben. Denn dieses weigert sich nicht zuletzt darum, einen Umzug zu machen, weil es Angst hat, sich zu blamieren bei kleiner Beteiligung. Wir unterstützen also die Veranstaltung, weil wir dazu beitragen wollen, dass in den nächsten Jahren der 1. Mai auch in Zug einheitlich und auf der Strasse gefeiert wird.

Warum haben wir in den letzten Jahren jeweils einen Umzug gemacht? Hier mochten wir zum Voraus daran erinnern, dass wir als erste wieder eine 1. Mai-Veranstaltung organisiert haben. Das war 1973. Die Gewerkschaften hatten seit Jahren nichts

mehr getan. Danach versuchten wir, unsere "Tradition" aufrechtzuerhalten. Unter dem Eindruck der Radikalisierung der Jugend und der Immigranten dachten wir, dass auch die Lohnabhängigen sich ausserhalb der Gewerkschaften in Bewegung setzen würden. Bis 1977 bestätigte sich das, so nahmen an unserem Umzug jedes Jahr mehr Leute teil als an der Veranstaltung der Gewerkschaften. Wir haben aber zuviel erwartet, das müssen wir zugeben. Beim Einbruch der Krise hat sich gezeigt, dass die Arbeiter und Arbeiterinnen sich nur zur Wehr setzen werden, wenn sie gewerkschaftlich organisiert sind (siehe Haefeli). Zusätzlich hatten wir gehofft, die SP sei für einen 1. Mai-Umzug zu gewinnen. Auch da haben wir uns getäuscht. Wir haben aber nie - und das möchten wir betonen - den 1. Mai gegen die Gewerkschaften organisiert.

Damit nun unsere Vorschläge für eine kämpferische Politik nicht untergehen, werden wir am Dienstag, den 29. April, eine eigene Veranstaltung organisieren. Als Hauptthema haben wir eines der wichtigsten Probleme aufgegriffen, mit denen die Gewerkschaftsbewegung heute konfrontiert ist: Die Organisation der werktätigen Frauen.

Bruno Bollinger

### LOB DER DIALEKTIK (von Bertolt Brecht, 1932)

Das Unrecht geht heute einher mit sicherem Schritt.  
Die Unterdrücker richten sich ein auf zehntausend Jahre.  
Die Gewalt versichert: So, wie es ist, bleibt es.  
Keine Stimme ertönt ausser der Stimme der Herrschenden.  
Und auf den Märkten sagt die Ausbeutung laut: Jetzt beginne ich erst.  
Aber von den Unterdrückten sagen viele jetzt:  
Was wir wollen, geht niemals.

Wer noch lebt, sage nicht, niemals!

Das Sichere ist nicht sicher.

So, wie es ist, bleibt es nicht.

Wenn die Herrschenden gesprochen haben,

Werden die Beherrschten sprechen.

Wer wagt zu sagen: Niemals?

An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt? An uns.

An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird? Ebenfalls an uns.

Wer verloren ist, kämpfe!

Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?

Denn die Besiegten von heute sind die Sieger von morgen,  
und aus Niemals wird: Heute noch!

## DER RUECKTRITT DER MARGRIT SPILLMANN UND DIE MENSCHEN ZWEITER KLASSE

Margrit Spillmann ist für uns Sozialisten eine politische Gegnerin. Noch mehr: Frau Spillmann ist ein aktives und bewusstes Mitglied jener bürgerlichen Klasse, die dafür verantwortlich ist, dass die Menschheit nach wissenschaftlichen Schätzungen noch eine Lebenserwartung von 40 - 100 Jahren hat. (Ausser es tritt - bevor's zu spät ist - eine radikale Aenderung in einem sozialistisch-ökologischen Sinne ein, eine Aenderung, die von Frau Spillmann und ihrer Partei vehement bekämpft wird). Nun hat Frau Spillmann einen Schritt getan, der ihr auch in gewissen linken Kreisen Sympathien einbringen wird: bereits mit 35 Jahren zieht sie sich von der aktiven bürgerlichen Politik zurück, um "sich selber zu verwirklichen und weiterzuentwickeln." Wie sympathisch wir Sozialisten den Entscheid von Frau Spillmann finden, hängt davon ab, inwiefern er auf einer ernsthaften Bilanz und einer echten Selbstkritik baut.

Aus einer Reportage im LNN-Magazin vom 12. April 1980, wo Frau Spillmann ausführlich zu Wort kommt, müssen wir schliessen, dass Frau Spillmann politisch-menschlich nicht viel gelernt hat. Ihr Ausbruch ist mehr Flucht als Aufbruch. Offensichtlich blendet das Gold der bürgerlichen Privilegien zu stark, um die Augen ganz öffnen zu können. An einer Stelle erklärt sie ihren -reichlich abstrakten- politischen Standpunkt: "Ich glaube an die Eigenverantwortung der Menschen und an die Förderung der Privatinitiative, und solch grundliberale Gedanken fand ich am ehesten in meiner Partei" ( der u.a. ein gewisser Ernst Cincera angehört). Kurz darauf begründet sie ihren persönlichen Schritt: "Ich habe mir nicht vorstellen können, ein Leben lang als Gerichtsschreiberin zu amten. Weil aber das Präsidium des Verwaltungsgerichts im Besitz der CVP ist, habe ich keine natürlichen Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten gesehen." (Die CVP

ist eben auf kantonaler Ebene die gleiche Pfründenpartei wie es die FdP auf nationaler ist). In "Themen - zentrierten Interaktionskursen" (TZI) in Deutschland hätte sie dann gelernt, für sich selber verantwortlich zu sein.

Frau Margrit Spillmann, Tochter aus einem besseren Zuger Haus, mit einer hohen Ausbildung und einer für Herkunft, Dokortitel und Parteizugehörigkeit entsprechenden Stellung (allerdings mit dem schwerwiegenden Handicap - und das muss man ihr zugute halten - eine Frau zu sein) sieht als Gerichtsschreiberin nur begrenzte Möglichkeiten, ihrer Parteimaxime: der Eigenverantwortung der Menschen zu genügen. Erst in teuren TZI-Kursen (könnte eine LG-Arbeiterin so was wohl bezahlen?) brachte sie es so weit.

Wie sollen dann die Fabrikarbeiter, die Büroangestellten, die Hausfrauen, all die Werkstätigen ohne reiche Eltern, Universitätsausbildung, hohe gesellschaftliche Stellung, mit einer ermüdenden, stressenden, meist langweiligen, die persönlichen Anlagen verstümmelnden 44-Stunden-Arbeit, ohne genügend Freiraum und Geld für teure Kurse - wie sollen sie ihre "Eigenverantwortung" wahrnehmen können? Ist Margrit Spillmann nicht ein indirekter Beweis mehr dafür, dass eine echte Eigenverantwortung aller Menschen unter kapitalistischen Bedingungen ein Ding der Unmöglichkeit und das FdP Programm eine verlogene Ideologie ist.

Wenn nicht einmal gebildete und begüterte Mitglieder des Bürgertums dem FdP-Schlagwort genügen können, wie sollen es dann eigentumslose und damit lohnabhängige Werkstätige? Warum hat sich Margrit Spillmann solche Fragen nicht gestellt? Wird hier nicht offensichtlich, dass die FdP unterscheidet zwischen den besitzenden (und darum zur

Eigenverantwortung à la Liberalismus bestimmten) Menschen 1. Klasse und den besitzlosen Menschen 2. Klasse. (Allerdings darf sie im Gegensatz zu ihren Anfangszeiten nicht mehr offen dazustehen, weil die Parteien der Menschen 1. Klasse ohne die Stimmen der Menschen 2. Klasse zur politischen Bedeutungslosigkeit verdammt wären).

Eine Aussage von Frau Spillmann allerdings müssen wir im bejahenden Sinne doppelt unterstreichen: "Wenn wir den grossen Ausbruch nicht machen können, verändern wir auch im Kleinen nichts!"

Als echte Freisinnige und Angehörige des Bürgertums sieht das Frau Spillmann typischerweise beschränkt-persönlich. Als Sozialisten sehen wir das gesellschaftlich dh. allgemein-menschlich. Ohne den grossen Ausbruch einer sozialistischen Umwälzung wird es illusorisch sein, im Kleinen, Alltäglichen, Persönlichen wesentliche Veränderungen für alle (!) Menschen zu ermöglichen. Was noch lange nicht heisst, der Sozialismus bewerkstellige dann automatisch diese Veränderungen. Aber immerhin ist der die einzige Grundlage, die allen Menschen (auch den vom Kapitalismus Privilegierten) viel echtere Entfaltungsmöglichkeiten bietet.

Josef Lang

#### DAS NEUE POLIZEISTRAFGESETZ: EIN FESTIVAL VON GUMMIPARAGRAPHEN

Nur wenige kennen das Zuger Polizeistrafgesetz vom 7. Nov. 1940, alle aber kennen seinen Paragraphen 33: das Konkubinatsverbot. Durch die Totalrevision dieses Gesetzes, die der Regierungsrat dem Kantonsrat vorschlägt, soll das Konkubinatsverbot wegfallen. Andere Paragraphen sollen gleich bleiben, geändert werden oder neu hinzukommen. In unserem Artikel versuchen wir zu zeigen, was sich durch die Gesetzesrevision ändern wird und sich auf politischer Ebene ändern kann. Es handelt sich nicht um eine vollständige Aufzählung und Kommentierung aller Paragraphen.

Wie schon oben gesagt, fällt das Konkubinatsverbot weg. Der Regierungsrat bewertet in seinem Bericht vom 10. März 1980 das Konkubinatsverbot keineswegs als positiv, doch fragt er sich, ob das Verbot und eine Strafandrohung noch einen wirksamen Schutz der Familie darstellen können. Auch sei die Beweisfrage sehr schwierig. Widerwillig also lässt der Regierungsrat das Konkubinatsverbot fallen. Auch die CVP muss sehen, dass es eine durchaus taugliche Alternative zu der von ihr propagierten Familie als Urzelle unserer Gesellschaft gibt.

Neu hingegen ist der Paragraph 27 des Entwurfes. Er regelt die Bewilligungspflicht von Versammlungen und stellt den unter Strafe, der ohne Bewilligung oder trotz behördlichen Verbotes Versammlungen oder Demon-

strationen auf öffentlichem Grund veranlasst oder durchführt. Im Bericht erwähnt der Regierungsrat, dass diese Bewilligungspflicht den Behörden erlaube, verkehrs- und sicherheitstechnische Vorkehrungen zu treffen, um einerseits der Meinungsäusserungsfreiheit der Demonstranten Rechnung zu tragen, und andererseits Ruhe und Ordnung sicherzustellen. Nun ist aber nicht die Bewilligungspflicht für Veranstaltungen auf öffentlichem Grund das Neue von Paragraph 27, sondern die direkte Möglichkeit, Zuwiderhandlungen zu bestrafen. Im Bericht ist weiter ein Bundesgerichtsentscheid aus dem Jahre 1974 zitiert, der die Notwendigkeit von Paragraph 27 zeigen soll. Es handelt sich um die Beurteilung der Ablehnung eines Gesuches um die Bewilligung für ein Strassentheater auf dem Landsgemeindeplatz - ein durchaus aktuelles Anliegen auch heute. Durch eine vom

Bundesgericht anerkannte strikt rechtliche Begründung, die aber auf einer Ermessensfrage fußte, konnten die Zuger Behörden einen politischen Entscheid umgehen. Durch die im neuen Polizeistrafgesetz möglich werdende Strafanordnung für bewilligungslose Versammlungen lassen sie sich nun eine Handhabe gegen politisch unliebsame Leute geben. In der Begründung der Revision des Polizeistrafgesetzes führt der Regierungsrat unter anderem an, dass im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung neues sozial-schädliches Verhalten sei und es sich als Mangel erweise, dass gewisse Regelungen im geltenden Polizeistrafgesetz fehlten. Nun, auch Zug liegt im Zug der Zeit.

Im Entwurf auch zu finden ist eine Bestimmung über Schunderzeugnisse. Darunter versteht der Regierungsrat in seinem Bericht auch extremistische Veröffentlichungen, die zu Verbrechen oder Vergehen anreizen oder verrohend wirken können. Wir hoffen nicht, dass das BIB als verrohend angesehen wird oder etwa in diese Richtung wirkt. Ein Inbetrachten oder eine Aufforderung zu einer Hausbesetzung - angesichts der Zuger Wohnungsnot eine durchaus vorstellbare (vertretbar schreiben wir besser nicht, da dies schon unter §37 Entwurf fallen könnte) Handlung - wäre durch Paragraph 37 des Entwurfes mit Haft oder Busse zu bestrafen, ganz zu schweigen von der Hausbesetzung selber. Ganze Häuser in

besten Wohnlage mit Büros zu besetzen, fällt wohl eher unter Wohnraumbesetzung...

Gleich wie Paragraph 37 bestraft Paragraph 38 neu öffentliche Aufforderung zu Ungehorsam, dessen Bestimmung dann ganz im Ermessen der Behörden liegen wird.

Es ist zu empfehlen, den Bericht des Regierungsrates einmal durchzulesen und sich Gedanken zu machen, wie gross das Ermessen der Behörden sein wird bei der Auslegung der Tatbestände.

Wir vom BIB hoffen nur, dass Paragraph 28 des Entwurfes zum neuen Polizeistrafgesetz (Falscher Alarm) nicht auf uns angewendet wird: "Wer vorsätzlich die Bevölkerung oder eine Menschenmenge grundlos durch Fehlalarme oder wissentlich falsche Nachrichten erschreckt oder beunruhigt, wird mit Haft oder Busse bestraft. Versuch und Gehilfenschaft sind strafbar! Unsere Nachrichten sind weder grundlos erschreckend oder beunruhigend noch wissentlich falsch. Daher sei der Regierungsrat auch nicht wegen Gehilfenschaft zu bestrafen.

H.A.

## B L I T Z L I C H T E R

Kürzlich ist im Grossen Gemeinderat auf eine Interpellation der beiden Genossinnen Lina Rüeger und Rahel Lustenberger hin eine Debatte betreffs Wohnungsnot über die Bühne gegangen. Die Bürgerlichen bewiesen einmal mehr, dass ihr Herz auf der Seite der Spekulanten, Immobilienhengste und Unternehmer schlägt. Den Vogel schoss Peter Hess von der sogenannten Christlichen Volkspartei ab, welcher der SP vorwarf, durch ihre Haltung zur Stadtplanung die Wohnnot mitzuverschulden. In der Auseinandersetzung mit dem Stadtrat zeigte sich deutlich, dass die Linke - solange sie die heiligen Kühe des Bürgertums: das Privateigentum und das Protitprinzip nicht grundsätzlich in Frage stellt - den Sachzwang-Argumenten eines Walter Hegglin ziemlich wehrlos gegenübersteht. Das folgende Pressekomuniqué stellt unsere Vorschläge gegen die Wohnungsnot vor:

Die Wohnungsnot in der Stadt Zug hat eine wesentliche Ursache in der Zerstörung von Wohnraum durch Büros, Geschäftszentren und Parkplätze. Dies geschieht, weil sich die Baupolitik in unserer Gesellschaft nicht nach dem Allgemeinwohl richtet, sondern nach den Profitinteressen einiger weniger Land- und Hausbesitzer, Spekulanten, Immobilienhändler und Unternehmer. Die einzige Möglichkeit, die der Stadtrat unter diesen Umständen für eine Linderung der Wohnungsnot sieht, ist die Verwandlung von Grünflächen in Grauzonen. Da diese "Lösung" aus Umweltgründen abzulehnen ist, die werktätige Bevölkerung aber unbedingt mehr und billigere Wohnungen braucht, bleibt nur noch ein Weg: die Aenderung der Umstände, wegen denen die einen Wohnungen zerstört, die andern verteuert werden. Wir fordern ein Verbot, Wohnhäuser abzurechen, Wohnungen in Büros, Geschäfte oder Luxusappartements umzuwandeln und eine allgemeine Senkung und gesetzliche Festlegung der Mietzinse. Allerdings bleibt eine Wohnpolitik im Dienste der Werkstätigen und der Umwelt solange illusorisch, als das Land den privaten Profitinteressen und Spekulanten ausgesetzt ist. Es liegt darum an der Zeit, dass sich die Werkstätigen und ihre Gewerkschaften, die Mieter und ihr Verband sich inner- und ausserhalb des Parlaments für eine Kommunalisierung des Bodens einsetzen.

\*

Momentan herrscht ein für schweizerische Verhältnisse relativ harter Pressekrieg um die Neubesetzung der PTT-Leitung. Die Bürgerlichen wollen den SP-Genossen Nobel nicht mehr, obwohl er auf dem Rücken der Postangestellten und durch die Erhöhung der Telefntaxen einen stolzen Uenerschuss herauswirtschaften liess. Die Sozialdemokratie, die wenigstens in der Postenjägerei kämpferisch geblieben ist, befürchtet nun laut ihrem Presseedienst einen "Rückfall in die Steinzeit des Klassenkampfes". Haben wir nicht schon immer gesagt, die SP habe mehr Angst vor dem Klassenkampf als dem Klassenfeind ?

\*

Auch Zug hat seinen "Fall Küng". Wegen "illoyalem Verhalten" zu seiner Partei wurde Hansruedi Küng - ohne echte Diskussion und in geheimer Abstimmung - aus dem Kantonalvorstand geschubst. Gleichzeitig wurde Thomas Fraefel, der sich an vorderster Front gegen die Fristenlösung und die Trennung von Kirche und Staat engagiert hatte ( um nur zwei Beispiele illoyalen Verhaltens zu erwähnen) bei einer Enthaltung einstimmig wiedergewählt. Offensichtlich ging es darum, einem Vertreter des Gewerkschaftskartells eins auszuwischen. Obwohl unsere politischen Differenzen zu Kollege Küng und zum Kartell grösser sind als zu vielen SP-Genossen, lehnen wir es ab, inner-linke Widersprüche auf solche Art auszutragen. Genossen, überlassen wir die Taktik hinterhältigen Manövrierens den Bürgerlichen. Die Arbeiterbewegung braucht, um stärker zu werden, die solidarische Zusammenarbeit und faire Debatte, zu der unter anderem gehört, einander offen zu sagen, was man voneinander denkt.

\*

## NICARAGUA - KONKRETE ENTWICKLUNGSHILFE IST MÖGLICH

Militärputsche und Staatsstreich gehören in Lateinamerika fast zur Tagesordnung. In unserer Presse erregen sie am folgenden Tag meist ein kurzes Aufsehen. An den Lebensbedingungen der einheimischen Bevölkerung ändern diese Umstürze in 99% der Fälle nichts.

Der Sturz Somozas in Nicaragua vor 9 Monaten war mehr als ein solcher Staatsstreich. Eine breite Volksbewegung, getragen von Arbeitern, Bauern und Studenten vertrieb den bis zuletzt von den USA gehätschelten Somoza. Die erklärten Ziele der Sandinistischen Befreiungsfront, an deren Verwirklichung sie heute arbeitet, sind:

- 1) Eine wirkliche Landreform ("Die Erde denen, die sie bearbeiten")
- 2) Ein neues Nicaragua aufbauen, nicht nach den Wünschen des westlichen und einheimischen Kapitals, sondern nach den Grundbedürfnissen der Bewohner.

Um diese Ziele zu unterstützen, entstanden letzten Herbst in einigen Schweizer Städten Nicaragua-Komitees. Auch in Zug hat sich auf Anregung der RML ein solches Komitee gebildet. Ein erstes Projekt, die Finanzierung eines Produktionskollektivs, ist erfolgreich abgeschlossen:

### 60'000 F für eine Frauenkooperative

An 2 Abenden trat das Zuger Komitee mit einem Stand auf dem EPA-Platz an die Öffentlichkeit. In einem Flugblatt erklärten wir die Ziele der Sandinisten und warben für das Aufbauprojekt. Die Spendengelder und der Reinerlös aus dem Verkauf von Kaffee, Glühwein und Kuchen gingen zugunsten des Aufbaus der Frauenkooperative. Dank solchen Sammlungen in der ganzen Schweiz konnten für 70 Frauen Arbeitsplätze geschaffen werden. Heute stellt dieses Produktionskollektiv Kleider für den Bedarf der ärmeren Bevölkerung her. Ähnliche selbstverwaltete Kollektive sollen in nächster Zeit in andern Gebieten Nicaraguas aufgebaut werden.

### Die Alphabetisierung

Vor einem Monat begann in Nicaragua eine grossangelegte Alphabetisierungskampagne. Alle höheren Schulen wurden für 6 Monate geschlossen; 180'000 Lehrer, Studenten und ausländische Freiwillige zogen in die Elendsquartiere und aufs Land, wo Lesen und Schreiben bisher ein Privileg der Reichen war. Keine Regierung Lateinamerikas - ausser der von Kuba - hat es je für nötig gehalten, eine ähnliche Anstrengung zu unternehmen. Die ganze Alphabetisierung soll weitgehend nach der Methode des bekannten brasilianischen Pädagogen Freire geschehen: Das Lesen- und Schreibenlernen "passiert" nicht in abgeschlossenen Schulstuben. Ausgehend von ihren täglichen, konkreten Problemen heisst Lesen- und Schreibenlernen für die arme Bevölkerung zugleich Bewusstwerdung ihrer bisherigen Unterdrückung und Möglichkeiten deren Ueberwindung.

Die Schweizer Nicaragua-Komitees haben sich zum Ziel gesetzt, bis zum Herbst 100'000 für diese Alphabetisierung zu sammeln. Die bürgerliche Presse schweigt vorläufig zur ganzen Alphabetisierung und wird sie bestenfalls als "politische Indoktrination" denunzieren. Nicht zuletzt darum will das Komitee in Zug demnächst einen Film über die laufende Alphabetisierung zeigen. Weiter planen wir Strassenaktionen und eine Teilnahme am kommenden Frühlingsfest.

Um all diese Aktionen zu gewährleisten, sind wir auf die Mitarbeit weiterer Aktivisten angewiesen. Mitglieder von SP und Gewerkschaften, ebenso Lehrer und Schüler, sind aufgerufen, im und mit dem Nicaragua-Komitee auch in Zug etwas zum Laufen zu bringen. Konkrete Entwicklungshilfe und somit auch Entwicklungspolitik sind auch in Zug nötig und möglich!

Wir treffen uns diesen Donnerstag 24. April, 20h im Rest. Linde, 1. Stock.